

## Aus der Fraktion

### *Thorsten Schick (CDU) und Wibke Brems (Grüne) zum NRW-Plan* **„Wir setzen den Startpunkt für das größte Investitionsprogramm, das unser Land je gesehen hat“**

Die Landesregierung hat den Gesetzentwurf zum „Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur“ an diesem Freitag zur ersten Lesung in den Landtag eingebracht. Damit ist das größte Infrastruktur- und Investitionsprogramm in der Geschichte des Landes auf den Weg gebracht. In den nächsten zwölf Jahren sieht der Plan Investitionen in einer Höhe von insgesamt 31,2 Milliarden Euro vor. Davon entfallen 21,3 Milliarden Euro auf die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, was einem kommunalen Anteil von rund 68 Prozent entspricht. Knapp 10 Milliarden Euro investiert das Land in seine Infrastruktur. Dazu erklären die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von CDU und Grünen, **Thorsten Schick** (CDU) und **Wibke Brems** (Grüne):

**Thorsten Schick:** „Nordrhein-Westfalen macht sich fit für die Zukunft. Mit dem Gesetz über den Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur setzen wir den Startpunkt für das größte Investitionsprogramm, das unser Land je gesehen hat. Dieses Gesetz steht für das, was NRW ausmacht: Tatkraft, Verantwortung, Zukunftsorientierung. Dieses Gesetz ist keine Absichtserklärung, sondern ein konkreter Plan. Herzstück ist die Stärkung unserer Städte und Gemeinden. Denn unser Land ist nur so stark wie seine Kommunen. Für die kommenden zwölf Jahre steht ein Investitionsvolumen von mehreren Milliarden Euro bereit. Dieses Geld investieren wir planvoll, nachhaltig und mit Weitblick – in Bildung, Digitalisierung, Klimaschutz und vor allem in die Menschen in unserem Land. So entsteht eine verlässliche Perspektive, die den Kreisen, Städten und Gemeinden echte Planungssicherheit bietet. Das ist ein Schritt, der in dieser Form in Nordrhein-Westfalen einzigartig ist. Es geht nicht um punktuelle Maßnahmen, sondern um einen umfassenden Modernisierungsschub für unser Land – für starke Kommunen, gute Bildung und sichere Infrastruktur.“

**Wibke Brems:** „Ich bin froh, dass wir heute im Landtag die Umsetzung des größten Investitionsprogramms in der Landesgeschichte auf den Weg gebracht haben. Die Rekordsumme von 31,2 Milliarden Euro sind ein wichtiger Erfolg gegen den Investitionsstau und ermöglichen spürbare und sichtbare Verbesserungen vor Ort – für Kinder, Klima und Kommunen. Diese zusätzlichen Mittel tragen zu einem zukunftsfesten NRW bei. Wir nehmen die Hilferufe der Kommunen angesichts ihrer katastrophalen Finanzlage sehr ernst. Für uns ist daher wichtig, dass die Städte und Gemeinden einen hohen Anteil von fast zwei Drittel des Investitionsprogramms erhalten. Damit sie

es ohne Zeitverlust und bürokratische Hürden investieren können, zahlen wir knapp die Hälfte der 21,3 Milliarden Euro, die aus dem NRW-Plan an die Kommunen gehen, als Pauschale aus. Nach der Altschuldenlösung ist der NRW-Plan ein zweiter konkreter Erfolg für die Kommunalfinanzen, den wir als schwarz-grüne Koalition geschafft haben. Auch die Investitionen aus dem Landesanteil am Sondervermögen werden den Menschen vor Ort direkt zugutekommen.“

*Andrea Stullich (CDU) und Anja von Marenholtz (Grüne)*

### **„Für Meinungsvielfalt und fairen Wettbewerb – Digitalabgabe muss eingeführt werden“**

Die zunehmende Marktdominanz internationaler Großplattformen stellt die lokalen und regionalen Medien vor existenzielle Herausforderungen. Daher setzen sich die Fraktionen von CDU und Grünen für eine Digitalabgabe für große Plattformen ein. Diese zweckgebundene Abgabe soll vollständig in die Sicherung der Medienvielfalt im ganzen Land fließen. Ein entsprechender Antrag wurde an diesem Donnerstag vom Landtag beschlossen. Dazu erklären die medienpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen von CDU und Grünen, **Andrea Stullich** und **Anja von Marenholtz**:

**Andrea Stullich:** „Die großen Digitalkonzerne haben in den vergangenen Jahren Milliarden damit verdient, die Leistungen anderer zu nutzen, von journalistischen Inhalten bis zu kreativer Arbeit. Deshalb tragen sie auch eine Mitverantwortung für deren Refinanzierung. Die Digitalabgabe sorgt dafür, dass die wirtschaftliche Macht einiger weniger internationaler Konzerne nicht länger auf Kosten lokaler und regionaler Medienhäuser geht. Sie darf aber kein symbolischer Akt werden, sondern muss spürbar zur Finanzierung einer vielfältigen Medienlandschaft beitragen.“

**Anja von Marenholtz:** „Lokale und regionale Medien sind für die Medienvielfalt und die Meinungsbildung essenziell, daher ist es uns wichtig, sie gegenüber großen internationalen Digitalkonzernen zu stärken. Eine Digitalabgabe für große Onlineplattformen und Suchmaschinen ist ein wirksames Instrument für einen fairen Wettbewerb und die Sicherung von Meinungsvielfalt im digitalen Raum. Mit einem solchen Mittel können wir langfristig dafür sorgen, dass die Marktdominanz der internationalen Großkonzerne abgeschwächt und die regionale Medienlandschaft mit den zusätzlichen Beiträgen wirksam unterstützt werden kann.“

## *Angela Erwin (CDU) und Dagmar Hanses (Grüne) zur Aktuellen Stunde* **„Wir brauchen mehr Schutz vor entwürdigenden Aufnahmen“**

Der Landtag hat sich am Donnerstag in einer Aktuellen Stunde mit heimlichen voyeuristischen Aufnahmen beschäftigt – und mit der Frage, wie die damit verbundene sexuelle Belästigung wirksam bestraft werden kann. Dazu erklären die rechtspolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen von CDU und Grünen, **Angela Erwin** (CDU) und **Dagmar Hanses** (Grüne):

**Angela Erwin:** „Heimliche Aufnahmen sensibler Körperbereiche sind demütigend, verletzend und greifen tief in die Würde der Betroffenen ein. Diese Form digitaler Belästigung kann jede und jeden treffen, etwa im Freibad, im Park oder auf der Straße. Dennoch bleiben solche Taten bislang häufig straflos, wenn sie im öffentlichen Raum geschehen. Ich begrüße daher die Initiative, diese Schutzlücke im Strafrecht zu schließen. Ziel ist es, voyeuristische Aufnahmen künftig unter Strafe zu stellen und die Persönlichkeitsrechte der Menschen auch im digitalen Zeitalter wirksam zu schützen. Dabei müssen jedoch die Bedenken aus der Praxis ernst genommen werden. Es braucht praxisgerechte und rechtssichere Regelungen, die Polizei und Justiz handlungsfähig machen – ohne übermäßige Bürokratie oder unklare Abgrenzungen. Ebenso wichtig ist, dass kein Generalverdacht gegen das Fotografieren oder Filmen in der Öffentlichkeit entsteht. Wir setzen uns im Rahmen der Justizministerkonferenz für einen ausgewogenen, handhabbaren und wirksamen Entwurf ein: für einen modernen Persönlichkeitsschutz und klare Grenzen gegen digitale Belästigung.“

**Dagmar Hanses:** „Der Fall von Yanni Gentsch zeigt, wie belastend es ist, wenn Betroffene erleben müssen, dass die Strafverfolgung ins Leere läuft. Heimliche, sexuell motivierte Aufnahmen sind ein massiver Eingriff in die Würde und die sexuelle Selbstbestimmung. Für uns ist klar: Es macht keinen Unterschied, wie die betroffene Person gekleidet ist. Deshalb ist es so wichtig, dass wir aus NRW das Thema vorantreiben und dafür sorgen, dass sich die Gesetzeslage endlich ändert.“

## *Dr. Christian Untrieser (CDU) und Michael Röls-Leitmann (Grüne) zum* *Stahlgipfel*

### **„NRW ist das Industrieland Nr. 1 – unser Ziel ist, dass das so bleibt“**

Bundeskanzler Friedrich Merz hat für Donnerstag zu einem Stahlgipfel im Kanzleramt eingeladen. Neben weiteren Mitgliedern der Bundesregierung nehmen auch Vertreter der Branche sowie die Ministerpräsidenten aus Ländern mit Stahlindustrie teil. Dazu erklären der Sprecher für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie der

CDU-Landtagsfraktion, **Dr. Christian Untrieser**, und **Michael Röls-Leitmann**, Sprecher für Klimaschutz und Energiepolitik der Grünen Landtagsfraktion:

**Dr. Christian Untrieser:** „Nordrhein-Westfalen ist ein wichtiger Stahlstandort. Mehr noch: Stahl ist unsere DNA. Wir verdanken ihm unseren Wohlstand. Es gäbe kein Auto, keine Brücke und kein Windrad ohne Stahl. Die deutsche Stahlindustrie leidet jedoch unter der Krise in Abnehmerbranchen, vor allem der Autoindustrie. Hinzu kommen gestiegene Energiepreise und Billigimporte vor allem aus China. Auch hohe Zölle auf Stahlimporte in die USA machen der Branche zu schaffen. Beim Stahlgipfel, für den sich die Landesregierung schon im Sommer eingesetzt hat, soll es um genau diese Themen gehen: Resilienz, Handelsbeziehungen, Energiepreise. Der erste Schritt für mehr Wettbewerbsfähigkeit der Industrie ist eine Entlastung bei Energiepreisen. Der staatlich subventionierte Industriestrompreis muss schnellstmöglich kommen und bürokratiearm organisiert werden. Auch Entlastungen beim Zertifikate-Handel sind wichtig für die Unternehmen. Nordrhein-Westfalen ist das Industrie- und Energieland Nr. 1 in Deutschland. Unser klares Ziel ist es, dass das so bleibt.“

**Michael Röls-Leitmann:** „Die Landesregierung setzt sich mit voller Kraft für die NRW-Stahlindustrie und zukunftsfähige Industriearbeitsplätze ein. Während Wirtschaftsministerin Mona Neubaur seit Jahren für einen Industriestrompreis kämpft, lehnte ihn der damalige SPD-Kanzler Scholz noch wortreich ab – unter anderem bei öffentlichkeitswirksamen Reden hier in NRW. Wir fordern seit Langem die Umsetzung von grünen Leitmärkten und verlässlich günstige Energiepreise für die hiesigen Firmen, die in ihre Zukunft investieren wollen. Die Erwartungen an den Stahlgipfel sind zu Recht hoch. Es ist jetzt an der Bundesregierung, endlich die notwendigen Maßnahmen zu unterstützen, damit es beim Stahlgipfel ein klares Ergebnis gibt. Die schwarz-grüne Landesregierung ist vorbereitet.“

### *Gregor Golland (CDU) und Dorothea Deppermann (Grüne) zum Verfassungsschutzgesetz*

#### **„Diese Novelle schützt unsere Demokratie und Freiheit“**

Das nordrhein-westfälische Verfassungsschutzgesetz soll nach mehr als 30 Jahren komplett überarbeitet werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde am Mittwoch im Landtag beschlossen. Die Novelle soll den Verfassungsschutz nachhaltig stärken und ihm zahlreiche neue Möglichkeiten einräumen, um Verfassungsfeinde und Terrorismus effektiver bekämpfen zu können. Gleichzeitig sollen bestehende Befugnisse erweitert und die parlamentarische Kontrolle gestärkt werden. Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, **Gregor Golland**, und die Sprecherin für Demokratie und Verfassungsschutz der Grünen-Landtagsfraktion, **Dorothea Deppermann**:

**Gregor Golland:** „Das Verfassungsschutzgesetz unseres Landes stammt aus einer Zeit, in der Terroristen Faxe schickten und Spione Aktenordner stahlen. Heute laufen Anschlägepläne in verschlüsselten Chatgruppen, Spionage findet auf Cloud-Servern statt. Unser Verfassungsschutz musste bislang mit Vorschriften aus der analogen Welt gegen digitale Gegner kämpfen. Das war, als würde man Cyberterroristen mit einer Taschenlampe jagen – man sieht kurz ein Flackern, aber nie das ganze Bild. Wir modernisieren jetzt dieses Gesetz, damit unser Verfassungsschutz im digitalen Zeitalter mit den Werkzeugen arbeiten kann, die er braucht. Wir erweitern die Befugnisse des Verfassungsschutzes maßvoll, gezielt und kontrolliert. Wir leben in einer Zeit permanenter Bedrohung – durch Extremismus, Terrorismus, Spionage, Cyberangriffe, Desinformation und gezielte Einflussnahme aus dem Ausland. Diese Gefahren kommen von allen Seiten: von Islamisten, Rechtsextremisten, Linksextremisten und von fremden Mächten. Unsere Demokratie, unsere Freiheit und unsere Sicherheit sind nicht selbstverständlich. Sie brauchen Schutz – nicht nur auf dem Papier, sondern in der Realität.“

**Dorothea Deppermann:** „Rechtsextrem motivierte Straftaten sind in NRW um fast 60 Prozent gestiegen – der Rechtsextremismus ist größte Bedrohung für unsere Demokratie. Auf diese und weitere gestiegene Bedrohungslagen beispielsweise im Bereich Islamismus und Spionage reagieren wir mit der Reform des Verfassungsschutzgesetzes. Wir stellen den Verfassungsschutz gut für die aktuellen Herausforderungen auf, achten dabei aber ebenfalls die Grundrechte der Menschen. Der Verfassungsschutz kann jetzt mit der Zeit gehen und die Vorteile Künstlicher Intelligenz nutzen. Dabei gilt: Technik unterstützt, die Entscheidungen trifft immer der Mensch.“

Wir schaffen klare Regeln für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel und machen sie damit transparent. Gleichzeitig sorgen wir für eine effektive Kontrolle. Der Verfassungsschutz erhält weitere Befugnisse, die nun bei hoher Intensität einer richterlichen Vorabkontrolle unterliegen. Wir sorgen auch für eine stärkere parlamentarische Kontrolle dieser Befugnisse.

Mit den Änderungen im Verfassungsschutzgesetz stärken wir zudem die Zusammenarbeit auf Bundes- und Landesebene sowie den Informationsaustausch zum Schutz unserer Wissenschaft vor Spionage. Das neue Verfassungsschutzgesetz steht für einen modernen, verantwortungsvollen und demokratisch kontrollierten Verfassungsschutz in NRW.“

*Marco Schmitz (CDU) und Dennis Sonne (Grüne)*  
**„Drug-Checking kann Leben retten“**

Die Anzahl der Todesfälle im Zusammenhang mit Drogenkonsum ist besorgniserregend. Als schwarz-grüne Koalition setzen wir vor allem auf Prävention, Aufklärung und pädagogische Maßnahmen, um frühzeitig über Risiken und Folgen des Drogenkonsums zu informieren und dem Einstieg in den Konsum vorzubeugen. Um Menschen mit schwersten Suchterkrankungen besser zu schützen, soll es künftig in Drogenkonsumräumen die Möglichkeit des Drug-Checkings geben. Die Betreiber der Drogenkonsumräume wollen wir bei der Anschaffung der Tests unterstützen. Einen entsprechenden Antrag der Landtagsfraktionen von CDU und Grünen wurde an diesem Mittwoch vom Parlament beschlossen. Dazu erklären **Marco Schmitz**, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, und **Dennis Sonne**, Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales der Grünen Landtagsfraktion:

**Marco Schmitz:** „Wir verbinden klare Prävention mit klarer Ordnung. Wir gehen mit der ganzen Härte des Rechtsstaates gegen Drogenhandel und offenen Konsum vor – zugleich lassen wir aber schwerstkranke Menschen nicht allein. In Nordrhein-Westfalen gibt es 12 Drogenkonsumräume und ausschließlich dort soll Drug Checking erprobt werden. Nicht in Clubs, nicht auf Partys. Und ausschließlich für schwerst- kranke, suchtkranke Menschen, die ohne ihre Droge ihren Alltag nicht mehr bewältigen können. So mindern wir akute Risiken und öffnen den Weg in Beratung und Behandlung. Wir unterstützen die Träger bei der Beschaffung der notwendigen Tests. Die Vorhaben werden wissenschaftlich begleitet, damit Wirkung, Zielgruppenerreichung und Gesundheitseffekte transparent werden. Prävention bleibt an erster Stelle. Schutz und Hilfe folgen dort, wo Prävention nicht ausgereicht hat.“

**Dennis Sonne:** „Drug-Checking kann Leben retten. Daher ist die Einführung von Drug-Checking in Nordrhein-Westfalen ein wichtiger Schritt, um den Gesundheitsschutz von schwer suchtkranken Menschen zu verbessern und akute Lebensgefahren zu verringern. Gerade die besonders vulnerablen Menschen brauchen unsere Unterstützung. Drug-Checking ist ein gezieltes Instrument der Schadensminimierung. In den Drogenkonsumräumen werden die Drogen auf gefährliche Substanzen oder ungewöhnliche Konzentrationen getestet. So können suchterkrankte Menschen vor lebensgefährdenden Stoffen gewarnt werden. Das ergänzt die bewährte Arbeit in den Drogenkonsumräumen. Wir unterstützen die Betreiber der Drogenkonsumräume bei der Anschaffung der notwendigen Testgeräte und lassen das Drug-Checking wissenschaftlich evaluieren.“



## **Gregor Golland (CDU) und Dagmar Hanses (Grüne) zum PUA OVG „Dieser PUA war weder nötig noch zielführend“**

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss IV (OVG-Besetzung) kommt nach eineinhalb Jahren zum Ende: In der Sitzung an diesem Dienstag wurde der Abschlussbericht beraten und die Entlassung der Zeuginnen und Zeugen beschlossen. Der Untersuchungsausschuss hat sich auf Antrag von SPD- und FDP-Fraktion seit Mai 2024 mit der Besetzung der Stelle der Präsidentin oder des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen beschäftigt – und sieht im Abschlussbericht kein konkretes Fehlverhalten der Landesregierung. Dazu erklären die Sprecher der Landtagsfraktionen von CDU und Grünen im PUA IV, **Gregor Golland** (CDU) und **Dagmar Hanses** (Grüne):

**Gregor Golland:** „Dieser Untersuchungsausschuss war weder nötig noch zielführend. Den von der Opposition unterstellten und konstruierten Skandal bei der Besetzung der OVG-Präsidenten-Stelle hat es nicht gegeben. Mit haltlosen Vorwürfen, unbelegten Behauptungen, Suggestivfragen und zum Teil sogar skandalösen Grenzüberschreitungen hat die Opposition den Ausschuss künstlich in die Länge gezogen. Man könnte meinen, der Untersuchungsausschuss diene hauptsächlich der Beschäftigung von SPD-Mitarbeitern. Statt sich lösungsorientiert auf den Untersuchungsgegenstand zu konzentrieren, haben SPD und FDP den Ausschuss für ihre parteipolitischen Zwecke missbraucht. Die vorgehaltene politische Einflussnahme auf das Besetzungsverfahren hat es nicht gegeben. Die Arbeitszeit und Mühe hätte man sich sparen und die Ressourcen besser zur Lösung der realen Probleme der Menschen in unserem Land nutzen können.“

**Dagmar Hanses:** „Der Untersuchungsausschuss hat gezeigt, dass es bei der Besetzung der OVG-Präsidentenstelle keine politische Einflussnahme gegeben hat und dass das Verfahren nach den Prinzipien der Bestenauslese erfolgt ist. Wir danken dem Vorsitzenden für seine souveräne und neutrale Sitzungsleitung. Der Umgang der Oppositionsfraktionen im Untersuchungsausschuss mit angesehenen Richterinnen und Richtern ist teilweise besorgniserregend gewesen. Es wichtig über mögliche Verbesserungen des Besetzungsverfahrens nachzudenken. Wir begrüßen daher die von Justizminister Benjamin Limbach eingebrachten Reformvorschläge.“

## ***Personal-Rochade nach erfolgreichen Kommunalwahlen***

### **Neue Abgeordnete und Fachsprecher in der CDU-Landtagsfraktion**

Neue Gesichter in der CDU-Landtagsfraktion: **Dr. Antoinette Bunse**, **Wilhelm Hausmann** und **Ralf Nettelstroth** werden in dieser Woche als Landtagsabgeordnete vereidigt. Ebenfalls neuer Abgeordneter wird **Nathanael Liminski**, Minister für Bundes- und



Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei. Die vier CDU-Politiker rücken nach für Guido Déus, Heinrich Frieling, Ralf Nolten und Ralf Schwarzkopf, die nach erfolgreichen Kommunalwahlen ihre Posten als Oberbürgermeister und Landräte antreten. Bereits im Sommer rückte **Petra Vogt** für den verstorbenen Dietmar Panske nach.

### **Diese Personalwechsel führen zu Veränderungen bei den Fachsprecherposten.**

- **Martin Lucke** wurde zum Sprecher für Heimat und Kommunales gewählt.
- Sprecher für Umwelt und Naturschutz ist ab sofort **Klaus Hansen**.
- Sprecher für Integration wird **Peter Blumenrath**.

Den Vorsitz des Ausschusses für Heimat und Kommunales übernimmt **Vanessa Odermatt**. Beauftragter für die Bundeswehr ist **Gregor Golland**. Neu ist ein Beauftragter für Luft- und Raumfahrt in der CDU-Landtagsfraktion – diese Position übernimmt **Fabian Schrumpf**. Zum Beauftragten für die EUREGIO wurde **Stephan Wolters** gewählt. **Daniel Hagemeier** ist neues stellvertretendes Mitglied im Rundfunkrat des WDR Köln.

### *Peter Blumenrath (CDU) und Gönül Eğlence (Grüne)* **Nordrhein-Westfalen geht voran gegen Diskriminierung**

Als erstes Flächenland erhält Nordrhein-Westfalen ein Landesantidiskriminierungsgesetz. Als schwarz-grüne Koalition setzen wir damit ein klares Zeichen für mehr Chancengleichheit und Gleichbehandlung. Dazu erklären Peter Blumenrath, Mitglied im Integrationsausschuss für die CDU-Fraktion, und Gönül Eğlence, stellvertretende Vorsitzende sowie Sprecherin für Migration und Teilhabe der Grünen Landtagsfraktion:

**Peter Blumenrath:** „Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz setzt Nordrhein-Westfalen ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um. Das Gesetz ist ein klares Bekenntnis gegen Antisemitismus, Rassismus und jede Form der Diskriminierung. Angesichts der steigenden Zahl antisemitischer und rechtsextremer Vorfälle in NRW setzen wir damit ein starkes Signal: Unser Rechtsstaat schützt alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Religion oder Weltanschauung. Dabei schaffen wir keine neue Bürokratie. Zugleich stärkt das Gesetz die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes: Wer faire Chancen schafft, gewinnt Fachkräfte, Innovation und Wachstum. Nordrhein-Westfalen übernimmt mit dem LADG eine Vorreiterrolle unter den Flächenländern. Wir setzen ein deutliches Zeichen für Respekt, Chancengleichheit und Zusammenhalt.“



**Gönül Eğlence:** „NRW ist das Zuhause von Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen und Lebensmodellen. Diese Vielfalt macht unser Bundesland aus. Doch Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Religion, Hautfarbe, Herkunft, Behinderung oder sexueller Orientierung ist Alltag für viele Menschen. Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz schließen wir die Lücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes des Bundes und gehen neben Berlin voran. Das Ziel: Staatliche Institutionen, wie etwa die Schule oder die Polizei, sollen sichere Orte vor Diskriminierung sein. Betroffene Personen sollen künftig besser beraten und bei rechtlichen Schritten stärker unterstützt werden. Zudem erhalten die Mitarbeitenden von Behörden mehr Klarheit und Orientierung für diskriminierungsfreies Verwaltungshandeln.“

### **Aus der Landesregierung**

## **Spitzenforschung im Team: Neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Nordrhein-Westfalen mit ERC Synergy Grants ausgezeichnet**

**Jülich, Bonn, Köln, Aachen, Bochum und Münster werben begehrte Forschungsförderung ein**

**Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:**

Neun Forscherinnen und Forscher aus Nordrhein-Westfalen erhalten in diesem Jahr die begehrten Synergy Grants des European Research Councils (ERC, Europäischer Forschungsrat). Am Donnerstag, 6. November 2025, hat der ERC die europaweit 239 Geförderten in 66 ausgewählten Projekten bekannt gegeben. Es werden Teams von zwei bis vier herausragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gefördert, die an der Schnittstelle ihrer etablierten Disziplinen nach neuen Erkenntnissen suchen. Die Grants unterstützen insbesondere die Vernetzung und Kooperation an verschiedenen deutschen und internationalen Standorten. Jedes Projekt erhält eine durchschnittliche Förderung von 10,3 Millionen Euro für eine Laufzeit von bis zu sechs Jahren.

Wissenschaftsministerin Ina Brandes: „Spitzenforschung ‚made in NRW‘ ist Teamleistung. Die Auszeichnung von neun Forscherinnen und Forschern in sechs interdisziplinären Teams ist ein eindrucksvoller Beleg dafür, dass der Wissenschaftsstandort international zu den ersten Adressen gehört. Ich gratuliere den Forscherinnen und Forschern in Jülich, Bonn, Köln, Aachen, Bochum und Münster zu diesem großen Erfolg!“

Je zwei der Preisträgerinnen und Preisträger kommen vom Forschungszentrum Jülich und der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, je einer von der Uniklinik Köln und der Universität zu Köln, einer von der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, einer von der Ruhr-Universität Bochum und eine Forscherin vom Max-Planck-Institut für molekulare Biomedizin in Münster.

Insgesamt sind 712 Projektbewerbungen aus ganz Europa zur ERC-Synergy-Grant-Ausschreibung eingegangen. Im Vorjahr waren es 548. Die nun ausgewählten 66 Projekte erhalten insgesamt 684 Millionen Euro. Daran sind 239 Forscherinnen und Forscher aus 26 Ländern beteiligt. Deutschland hat mit 28 Projekten und 41 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an deutschen Einrichtungen erneut die meisten Synergy Grants vor dem zweitplatzierten Großbritannien mit 24 Projekten eingeworben.

Ziel ist es, die europäische Spitzenforschung mit global führenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu verbinden und weitere Synergien zu schaffen. Die globale Reichweite des Programms wird unter anderem daran deutlich, dass mehr als 40 Prozent der geförderten Projekte von mindestens einer Person geleitet werden, die außerhalb der EU und der an Horizont Europa assoziierten Staaten ansässig ist – das sind vor allem die USA. Der Frauenanteil liegt bei 25 Prozent.

Die ERC-Grants werden im Rahmen des EU-Programms Horizont Europa je nach Stand der wissenschaftlichen Karriere in verschiedenen Kategorien und Disziplinen vergeben: Es gibt Starting, Consolidator, Advanced und Synergy Grants. Nach einer dieser vier möglichen Förderungen können die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zusätzlich einen Proof of Concept Grant einwerben, mit dessen Unterstützung die wirtschaftliche oder gesellschaftliche Verwertbarkeit eines bereits abgeschlossenen ERC-Projekts weiterverfolgt wird.

## **Programm zur Klimaanpassung im Rheinischen Revier wird um 40 Millionen Euro aufgestockt**

**Kommunen im Rheinischen Revier erhalten zusätzliche Mittel für Hitze-, Regen- und Bodenschutzmaßnahmen**

**Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr teilt mit:**

Nordrhein-Westfalen unterstützt die Städte und Gemeinden im Rheinischen Revier bei der Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen: Bund und Land stellen dafür weitere 40 Millionen Euro für das Förderprogramm „Klimaanpassung im Rheinischen Revier – Attraktives und resilientes Lebensumfeld gemeinsam gestalten“ bereit. Damit reagiert das Land auf die hohe Nachfrage der Kommunen nach praxisnaher Unterstützung bei der Bewältigung der Folgen von Hitze, Starkregen und Trockenheit. Anträge können ab sofort online eingereicht werden.

Mit dem Angebot werden investive und nicht-investive Maßnahmen zum Boden- und Flächenschutz, zur Regenwasserversickerung, zur Hitzeprävention, zur Umweltgerechtigkeit sowie zur menschlichen Gesundheit und zum Erhalt der Lebensqualität gefördert. Ziel ist es, Kommunen einen einfachen Zugang zu erprobten Lösungen zu bieten, die sich schnell und flächendeckend umsetzen lassen.

Im Gegensatz zu wettbewerblichen Programmen basiert die Förderung auf einem standardisierten Baukasten. So können Städte und Gemeinden unkompliziert Maßnahmen auswählen, anpassen und realisieren.

„Die große Nachfrage zeigt, dass wir mit dieser Förderung einen Nerv getroffen haben“, sagt Umweltminister Oliver Krischer. „Kommunen wollen nicht aufwändige Modellprojekte, sondern konkrete Unterstützung, die direkt wirkt. Mit den zusätzlichen Mitteln geben wir ihnen genau das Werkzeug an die Hand, um Klimaanpassung im Alltag umzusetzen – sichtbar, greifbar und für alle Bürgerinnen und Bürger spürbar.“

Mit den Förderangeboten sollen Zukunftsprojekte des Strukturwandels im Rheinischen Revier ermöglicht werden. Bund und Land unterstützen die nachhaltige Transformation des Rheinischen Reviers mit bis zu 14,8 Milliarden Euro. Bislang sind 418 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 2,3 Milliarden Euro bewilligt.

Anträge können ab sofort hier eingereicht werden:

[www.rheinischesrevier.web.nrw.de/auth/login](http://www.rheinischesrevier.web.nrw.de/auth/login)

Weitere Informationen unter [www.rheinisches-revier.de/](http://www.rheinisches-revier.de/)



## **Umsetzung des Nordrhein-Westfalen-Plans schreitet voran: Landesregierung bringt Gesetz zum größten Infrastruktur- und Investitionsprogramm auf den Weg**

**Kabinett billigt „NRW-Infrastrukturgesetz 2025 bis 2036“. Mit dem Gesetzentwurf wird die erste Säule des Nordrhein-Westfalen-Plans für gute Infrastruktur umgesetzt.**

### **Die Landesregierung teilt mit:**

Mit dem „Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur“ hat die Landesregierung das größte Infrastruktur- und Investitionsprogramm in der Geschichte des Landes auf den Weg gebracht. Auf den Beschluss des Kabinetts vom 21. Oktober 2025 folgt nun innerhalb kürzester Zeit bereits der wichtige erste Schritt der Umsetzung: Am Dienstag, 4. November 2025, hat das Kabinett das „NRW-Infrastrukturgesetz 2025 bis 2036“ gebilligt. Mit dem Gesetzentwurf wird der notwendige rechtliche und finanzielle Rahmen gesetzt, um schnell und unbürokratisch die auf Basis des Sondervermögens des Bundes und zusätzlicher Landesmittel nunmehr möglichen Investitionen auf Ebene des Landes und der Kommunen auf den Weg zu bringen.

Neben den Fördervoraussetzungen und Verfahrensregeln werden die Verteilung der Mittel auf Land und Kommunen sowie die vorgesehenen Infrastrukturbereiche festgelegt, in die die bereitgestellten Mittel in den kommenden zwölf Jahren investiert werden sollen.

Die Schwerpunkte des Investitionsprogramms sind Kitas und Schulen und die Verkehrsinfrastruktur. Auch in Gesundheitsversorgung, energetische Sanierung und Klimaschutz, Sport und Digitalisierung sowie Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft wird investiert. In den nächsten zwölf Jahren sieht der Plan Investitionen in einer Höhe von insgesamt 31,2 Milliarden Euro vor. Davon entfallen 21,3 Milliarden Euro auf die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, was einem kommunalen Anteil von rund 68 Prozent entspricht. Knapp 10 Milliarden Euro investiert das Land in seine Infrastruktur.

Zusätzlich garantiert die Landesregierung den Kommunen die Höhe der GFG-Investitionspauschalen für die nächsten 12 Jahre und damit weitere 27,6 Milliarden Euro an

Investitionsmitteln. Sollten die Steuereinnahmen in Nordrhein-Westfalen sinken, würden die Pauschalen aus Mitteln des Landeshaushalts aufgestockt. Zudem entlastet die Landesregierung die Kommunen durch die landesseitige anteilige Übernahme kommunaler Altschulden.

Mit dem Infrastrukturgesetz gibt die Landesregierung Kommunen, Trägern, Hochschulen, Unternehmen sowie den Menschen in Nordrhein-Westfalen eine Investitionsgarantie, die sichtbaren Wandel vor Ort zeitnah ermöglicht und ein Jahrzehnt verlässlicher Planungssicherheit schafft. Im nächsten Schritt erfolgt die Einbringung des Gesetzentwurfs in den Landtag.

### **Hintergrund**

Mit dem Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG) stellt der Bund den Ländern und Kommunen insgesamt 100 Milliarden Euro über einen Zeitraum von zwölf Jahren zur Verfügung. Die Mittel sollen dazu beitragen, bestehende Defizite in der öffentlichen Infrastruktur zu beheben und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern. Nordrhein-Westfalen wird aus dem Sondervermögen des Bundes rund 21,1 Milliarden Euro erhalten. Um die Mittel für Infrastrukturinvestitionen in Nordrhein-Westfalen zeitnah nutzen zu können, müssen entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

## **Ergebnis der Herbst-Steuerschätzung 2025 für Nordrhein-Westfalen**

### **Minister Dr. Optendrenk: Trotz Mehreinnahmen keine neuen Handlungsspielräume**

#### **Das Ministerium der Finanzen teilt mit:**

Das regionalisierte Ergebnis der Herbst-Steuerschätzung fällt für Nordrhein-Westfalen für 2025 und 2026 etwas besser aus als im Mai 2025 prognostiziert. Mittelfristig bleiben die Steuereinnahmen aber deutlich hinter den Erwartungen der letzten Steuerschätzung und den Kalkulationen in der mittelfristigen Finanzplanung zurück.

Nach dem regionalisierten Ergebnis der aktuellen Herbst-Steuerschätzung kann das Land Nordrhein-Westfalen im laufenden Jahr mit Mehreinnahmen von rund 1,9 Milliarden Euro gegenüber dem Schätzergebnis von Mai 2025 rechnen. Dieses Ergebnis amortisiert sich allerdings dadurch, dass im fast gleichen Umfang weniger Kredite

über die Konjunkturkomponente aufgenommen werden können als im Haushalt 2025 vorgesehen. Für das Jahr 2026 wird darüber hinaus zwar ein Steuer-Plus von rund 321 Millionen Euro prognostiziert. Für die Jahre 2027 bis 2029 ergibt sich im Vergleich zur Mai-Schätzung jedoch ein deutliches Minus von insgesamt rund 1,7 Milliarden Euro.

„Die Herausforderungen für den Landeshaushalt bleiben trotz der moderat verbesserten Entwicklung der Steuereinnahmen in den Jahren 2025 und 2026 unverändert groß. Durch gegenläufige Auswirkungen bei der Konjunkturkomponente 2025 ergeben sich infolge der Steuerschätzung keine neuen Gestaltungsspielräume“, erläutert Minister der Finanzen Dr. Marcus Optendrenk. Der Blick auf die Folgejahre 2027 bis 2029 mache deutlich, wie wichtig es weiterhin sei, seriös, umsichtig und vorausschauend zu planen, um finanziell handlungsfähig zu bleiben. „Es ist zwingend erforderlich, unseren klaren Kurs der Ausgabendisziplin und klugen Prioritätensetzung entschieden fortzusetzen“, so der Minister weiter.

Insgesamt hat sich das Schätzergebnis gegenüber der letzten Steuerschätzung im Mai leicht aufgehellt. Dies ist insbesondere auf die gegenüber dem Frühjahr verbesserte Prognose bei den gesamtwirtschaftlichen Eckdaten zurückzuführen. Gleichwohl sind die strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft nicht gelöst, auch wenn die Bundesregierung mit dem steuerlichen Investitionssofortprogramm und dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität einen wichtigen Wachstumsimpuls gesetzt hat. Für 2025 geht die Bundesregierung nun von einem minimalen Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,2 Prozent aus. Im kommenden Jahr rechnet sie aufgrund einer steigenden Binnennachfrage mit einem realen Wachstum von 1,3 Prozent, für 2027 dann mit 1,4 Prozent.

„Wir gehen davon aus, dass die auf Bundesebene beschlossenen und noch zu erwartenden Steuergesetze gezielte Konjunkturimpulse setzen. Gleichzeitig werden sie jedoch die Entwicklung der Steuereinnahmen langfristig belasten. Entscheidend ist daher, dass das prognostizierte Wirtschaftswachstum tatsächlich eintritt und die von der Bundesregierung angestoßenen Reformen in der Folge dauerhaft für mehr wirtschaftliche Dynamik sorgen. Nur so kann sich der Aufwärtstrend verstetigen und die öffentlichen Haushalte entlastet werden“, erläutert Minister Dr. Optendrenk.



Nach den Ergebnissen der aktuellen Oktober-Steuerschätzung steigen die Steuereinnahmen für Deutschland insgesamt im Schätzzeitraum weiter an. Insgesamt verzeichnen die prognostizierten Steuereinnahmen von 2025 bis 2029 gegenüber der Mai-Steuerschätzung einen Anstieg von rund 33,7 Milliarden Euro, was einer moderaten Steigerung von knapp 0,6 Prozent entspricht. Der wesentliche Teil des Anstiegs konzentriert sich dabei auf den Schätzzeitraum bis 2027. Danach belasten die steuerlichen Maßnahmen des Investitionsboosters zunehmend die Haushalte von Bund und Ländern.

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ stützt seine Schätzungen auf die gesamtwirtschaftlichen Eckdaten der Bundesregierung. Dabei berücksichtigt er das jeweils zum Zeitpunkt der Beratungen geltende Steuerrecht. Für eine verantwortungsvolle Finanzplanung ist dies allein jedoch nicht ausreichend. Bei der Regionalisierung der Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen wurden daher zusätzlich sich bereits abzeichnende Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene wie die Entwürfe für ein Steueränderungsgesetz 2025 oder ein Aktivrentengesetz einbezogen. „Vorausschauende Planung und Vorsorge sind Merkmale unserer klugen und soliden Finanzarchitektur. In den Planungen für den Landeshaushalt sind solche zukünftigen Veränderungen daher einzukalkulieren, um Vorsorge für künftige Steuermindereinnahmen zu treffen“, so Minister Dr. Optendrenk. Die zwingend notwendigen Anpassungen für den Haushaltsplanentwurf 2026 werden zusammen mit der Steuerschätzung sowie dem Nordrhein-Westfalen-Plan in der Ergänzungsvorlage umgesetzt.

## **Ministerpräsident Hendrik Wüst verleiht den Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen an Andreas Gursky**

**Ministerpräsident Wüst: Andreas Gursky ist ein Meister seines Fachs und eine prägende Figur der internationalen Gegenwartskunst**

**Die Staatskanzlei teilt mit:**

Ministerpräsident Hendrik Wüst hat am Dienstag, 4. November 2025, den Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen im Düsseldorfer K21 an Andreas Gursky verliehen. Der Fotograf und Künstler wird für seine prägende Kunst und sein langjähriges Engagement geehrt.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Andreas Gursky zählt zu den bedeutendsten Fotografen unserer Zeit – ein Meister seines Fachs und eine prägende Figur der internationalen Gegenwartskunst. Mit seinen monumentalen Werken hat er die Fotografie als Kunstform neu definiert und den Blick auf die moderne Welt verändert.“

Den Staatspreis erhält Andreas Gursky neben seinem künstlerischen Wirken insbesondere auch für sein herausragendes Engagement für die kulturelle Entwicklung Nordrhein-Westfalens. „Der Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen 2025 wird Andreas Gursky verliehen für sein herausragendes künstlerisches Wirken, seinen prägenden Einfluss auf die zeitgenössische Fotografie, sein Engagement zur Förderung von Kunst und Kultur in Nordrhein-Westfalen und seinen Beitrag zum hohen Ansehen unseres Landes in der Welt“, heißt es auf der Urkunde.

Rund 200 Gäste kamen zur Verleihung des Staatspreises in das Düsseldorfer K21, darunter viele persönliche Gäste von Andreas Gursky. Die Laudatio auf den Preisträger hielt Susanne Pfeffer, Direktorin des Museums für Moderne Künste in Frankfurt am Main. Sie kuratierte die Ausstellung „Typologien: Deutsche Fotografie des 20. Jahrhunderts“,

in der unter anderem Werke von Andreas Gursky präsentiert wurden.

„Auf eines bin ich als nordrhein-westfälischer Ministerpräsident besonders stolz: 1989 ist Andreas Gursky mit dem Förderpreis für junge Künstler ausgezeichnet worden. Heute – 36 Jahre später – folgt die wichtigste Auszeichnung, die das Land zu vergeben hat: der Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen!“, so Ministerpräsident Wüst weiter.

Andreas Gursky engagiert sich seit vielen Jahren für die Stärkung und institutionelle Anerkennung der Fotografie in Deutschland. Als Professor an der Kunstakademie Düsseldorf hat er sich leidenschaftlich für die Förderung junger Künstlerinnen und Künstler eingesetzt. Darüber hinaus war er maßgeblich am Aufbau des Deutschen Fotoinstituts in Düsseldorf beteiligt. Zugleich trug Andreas Gursky wesentlich zur Förderung kultureller und gesellschaftlicher Ereignisse in seiner Heimatstadt bei, indem er zahlreiche seiner Werke zu diesem Zweck zur Verfügung stellte.

## **TikTok und Teilhabe: Landesdemokratiekonferenz stärkt die Stimme der jungen Generation**

**Staatssekretärin Gonca Türkeli-Dehnert: Jugendorte auch im Netz aktiv mitgestalten**

**Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:**

Das Interesse junger Menschen an Politik und Gesellschaft ist groß. Gleichzeitig zweifeln sie daran, etwas bewirken zu können. Im Netz und auf Sozialen Medien wie TikTok werden sie zudem zunehmend mit Desinformation, Hass und extremistischen Ideologien konfrontiert, so dass laut Verfassungsschutzbericht junge Menschen immer häufiger online radikalisiert werden. Wie junge Menschen vor diesem Hintergrund für antidemokratische und menschenfeindliche Inhalte sensibilisiert und bei der Präventionsarbeit unterstützt werden können, stand im Mittelpunkt der fünften Landesdemokratiekonferenz unter der Überschrift „POV – Jugend und Demokratie“ am heutigen Dienstag, 4. November, im Kölner VHS-Forum im Museum am Neumarkt. POV steht für Point of View und soll die Perspektive der jungen Menschen in den Mittelpunkt rücken.

Gonca Türkeli-Dehnert, Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, sagte bei der Eröffnung der Landesdemokratiekonferenz: „Demokratie lebt davon, dass sich Menschen jeden Alters einbringen, einmischen und engagieren. Mit der Landesdemokratiekonferenz 2025 wollen wir die Stimme der jungen Generation stärken. Aktuell erleben wir, wie sich manche jungen Menschen von demokratischen Prozessen abwenden und in den Fokus von Extremisten geraten. Dem müssen wir entschieden entgegenreten. Die Orte, an denen junge Menschen unterwegs sind und ihre Meinungen bilden – wie etwa TikTok –, müssen wir aktiv mitgestalten. Wir brauchen eine engagierte Jugend, denn sie ist die Zukunft unserer Gesellschaft.“

Dr. Marie Batzel, Leiterin der Kölner VHS: „Gerade in Zeiten, in denen demokratische Werte unter Druck geraten, wollen wir Räume schaffen, in denen junge Menschen gehört werden und Zukunft gemeinsam gestalten können. Deshalb sind wir, die Stadt Köln und die Kölner Volkshochschule, außerordentlich gerne Gastgeberin der Landesdemokratiekonferenz.“

Die Landesdemokratiekonferenz wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ jährlich von der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus

und Rassismus NRW veranstaltet – in diesem Jahr in Kooperation mit der Kölner Volkshochschule. Über 250 Expertinnen und Experten aus der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Präventionslandschaft in Nordrhein-Westfalen kamen in Köln zusammen. Sie tauschten sich mit Vertreterinnen und Vertretern der jungen Generation über aktuelle Herausforderungen in der Präventions- und Demokratiearbeit aus.

Die aktuellen Zahlen des Lagebilds Rechtsextremismus und der Opferberatungsstellen zeigen eine besorgniserregende Tendenz: Bei rechtsextremen Delikten sind Jugendliche vermehrt unter den Tatverdächtigen – und sie sind zugleich immer öfter betroffen von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Moderiert wurde die Landesdemokratiekonferenz von Milad Tabesch, Gründer der Initiative „Ruhrpott für Europa“. Es sprach zudem Schülervertreter Elias Bala in seiner „Young Keynote“ sowohl über Herausforderungen für die junge Generation, wie etwa Einsamkeit und Sorge um Zukunftsperspektiven, als auch über Mitwirkung in Beteiligungsformaten wie Jugendforen.

Wie Demokratiebildung in Zeiten digitaler Umbrüche gelingen kann, erörterte Bildungsforscherin und Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Nina Kolleck von der Universität Potsdam. Sie stellte Ergebnisse aus der Trendstudie „Jugend in Deutschland 2025“ vor und plädierte dafür, auch im Schulalltag mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten zu schaffen – etwa durch Mitsprache bei Regeln und Projekten, die den Schulalltag betreffen.

In zahlreichen Workshops gingen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem den Fragen nach, welche Formate zum Mitgestalten der Demokratie einladen; welche Bildungsangebote auf Social Media erfolgreich sind und welche Auswirkungen Einsamkeit hat und was dagegen getan werden kann. Bei der Gestaltung der Workshops brachte die Kölner VHS ihren großen Erfahrungsschatz an Veranstaltungen mit interaktiven Formaten ein.

## **Hintergrund**

Die Landesdemokratiekonferenz dient der Vernetzung aller im Bereich der Extremismusprävention und Demokratieförderung tätigen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteurinnen und Akteure in Nordrhein-Westfalen. Ausrichter ist die Landeskoor-

dinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus, die zur Stabsstelle „Prävention gegen Antisemitismus, politischen und religiösen Extremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit“ des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft gehört.

Seit 2020 findet die Landesdemokratiekonferenz jährlich zu einem wechselnden Schwerpunktthema statt. In den vergangenen Jahren ging es beispielsweise um „Rechtsextreme Dynamiken, Rassistische Kontinuitäten – Forschungsperspektiven und Gegenstrategien im Diskurs“, „Antifeminismus – ein Angriff auf die Demokratie!“ und „Rechter Hass und rassistische Hetze auf digitalen Plattformen – Wie Hate Speech, Fake News und Verschwörungsmythen die Gesellschaft verändern“.

## **Schrittweise zum Berufsabschluss: Arbeitsmarktpartner setzen sich für Stärkung der abschlussorientierten Teilqualifizierungen ein**

**Arbeitsministerium, Bundesagentur für Arbeit, Gewerkschaftsbund, Unternehmerverbände, Kammern und Wohlfahrtspflege wollen Teilqualifizierungen für weitere Berufsfelder ausbauen und so mehr Fachkräfte in die Betriebe bringen**

**Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilt mit:**

Im Rahmen der Fachkräfteoffensive Nordrhein-Westfalen wollen die Landesregierung, die Bundesagentur für Arbeit, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen, die Industrie- und Handelskammern, der Westdeutsche Handwerkskammertag, die Freie Wohlfahrtspflege und der Verband Freier Berufe die so genannten abschlussorientierten Teilqualifizierungen (TQ) weiterentwickeln und stärken. Bei TQ handelt es sich um standardisierte Bausteine zur Qualifizierung, die aus einem anerkannten Ausbildungsberuf abgeleitet werden. Wer alle TQ eines Berufs erfolgreich absolviert, kann nach einer abschließenden Prüfung den Berufsabschluss erwerben. Alle beteiligten Arbeitsmarktpartner haben jetzt eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet und ihre Bereitschaft zur Information und Unterstützung dieses Qualifizierungsweges erklärt.

„Wir wollen möglichst allen Menschen in Nordrhein-Westfalen eine Ausbildung ermöglichen. Aber nicht für alle ist der mehrjährige Weg einer Ausbildung der richtige. Es gibt Menschen, die arbeitssuchend sind oder als Un- und Angelernte in Betrieben arbeiten und sich aus persönlichen oder wirtschaftlichen Gründen keine Berufsausbildung oder mehrjährige Umschulung vorstellen können. Für sie ist die schrittweise

berufliche Weiterbildung eine wertvolle Chance, einen Berufsabschluss nachzuholen“, erklärt Arbeitsminister Karl-Josef Laumann. „In Zeiten des Fachkräftemangels sind wir mehr denn je auf qualifizierte Beschäftigte angewiesen. Teilqualifizierungen sind daher eine wichtige Möglichkeit, um die Kompetenzen der Menschen ohne oder mit einem nicht mehr verwertbaren Abschluss auszubauen und den Bestand an Fachkräften in den Betrieben zu sichern.“

Dank der TQ können sich Personen mit geringen formalen Qualifikationen, Quereinsteigende, Menschen mit ausländischen Abschlüssen und Berufsrückkehrende beruflich weiterentwickeln, gezielt auf neue Aufgaben vorbereiten und einen vollwertigen Berufsabschluss nachholen. TQ sind in Nordrhein-Westfalen bereits für viele Berufe im kaufmännischen und gewerblich-technischen Bereich sowie für Dienstleistungsberufe verfügbar, zum Beispiel für die Berufe Elektroniker/in, Anlagenmechaniker/in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik oder Verkäufer/in. Ein TQ-Baustein umfasst zwei bis sechs Monate in Vollzeit.

In der gemeinsamen Vereinbarung haben sich die Partner unter anderem darauf verständigt, dass für weitere Berufe standardisierte TQ-Angebote entwickelt werden sollen. Außerdem soll nach jedem TQ-Baustein eine Lernerfolgskontrolle durchgeführt und mit einem Zertifikat bescheinigt werden, welches dann auf dem Arbeitsmarkt verwendet werden kann. Die Agenturen für Arbeit können den Erwerb eines Berufsabschlusses durch Teilqualifizierungen über Bildungsgutscheine fördern und bei Bedarf durch ein begleitendes Coaching unterstützen. Für Unternehmen besteht über die Beschäftigungsqualifizierung der Agenturen für Arbeit die Möglichkeit der Förderung bis zu 100 Prozent. Die TQ-Angebote wenden sich im Regelfall an Erwachsene ab 25 Jahren. Jugendliche und jüngere Erwachsene sollen insbesondere dabei unterstützt werden, eine (duale) Berufsausbildung zu absolvieren.

Dirk Strangfeld, Geschäftsführer Arbeitsmarktmanagement der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit: „Teilqualifizierungen sind ein Erfolgsmodell: Sie erreichen überdurchschnittliche Erfolgsquoten und machen Lernen flexibel sowie praxisnah. Der modulare Aufbau ermöglicht den Teilnehmenden, in den Zeiten zwischen den Modulen zu arbeiten, Erfahrungen zu sammeln, mehr Verantwortung zu übernehmen und anschließend nahtlos weiterzumachen. Unterstützung erfolgt häufig auch durch eine sozialpädagogische Begleitung, die individuell stärkt und motiviert. Ein Blick in die nationale Weiterbildungsdatenbank ‚mein Now‘ lohnt sich – dort finden Interessierte zahlreiche Angebot direkt aus ihrer Region.“



Anja Weber, Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Nordrhein-Westfalen: „Ohne abgeschlossene Berufsausbildung steigt das Risiko, langzeitarbeitslos zu werden, gewaltig. Teilqualifizierungen können helfen, Menschen dennoch eine echte Chance auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Das gelingt aber nur, wenn alle Akteure an einem Strang ziehen und gemeinsam sicherstellen, dass Teilqualifizierungen in einen anerkannten Berufsabschluss münden. Ansonsten ist die Gefahr groß, dass die Betroffenen als schnelle und billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden und eben keine dauerhafte Perspektive erhalten. Kurzum: Allein das Erlangen eines Gabelstaplerführerscheins darf nicht als Teilqualifizierung durchgehen! Erfolgsbeispiele gibt es vor allem dort, wo Betriebsräte, Gewerkschaften, Arbeitgeber und die Partner am Arbeitsmarkt sich zusammen einsetzen und für gute Rahmenbedingungen sorgen.“

Johannes Pöttering, unternehmer nrw: „Teilqualifizierungen sind ein effizientes Instrument zur Fachkräftesicherung. Sie bauen gering qualifizierten Erwachsenen Brücken hin zu einem Berufsabschluss. Und sie können gerade in Zeiten mit vielen neuen Anforderungen gezielt die Beschäftigungsfähigkeit von An- und Ungelernten stärken. Das ist eine klassische Win-Win-Situation.“

Dr. Ralf Mittelstädt, Industrie- und Handelskammern (IHK) Nordrhein-Westfalen: „Angesichts des demografischen Wandels und des steigenden Fachkräftebedarfs müssen wir alle Ausbildungspotenziale nutzen. Teilqualifizierungen eröffnen Menschen ohne Berufsabschluss die Möglichkeit, Schritt für Schritt einen anerkannten Abschluss zu erreichen. Mit standardisierten und qualitätssichernden Kompetenzfeststellungen wird sichergestellt, dass diese Qualifikationen am Arbeitsmarkt besser anerkannt und verwertbar sind und damit einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung in Nordrhein-Westfalen leisten. Die Industrie- und Handelskammern unterstützen den Prozess zur Stärkung der Teilqualifizierung aktiv.“

Dr. Florian Hartmann, Westdeutscher Handwerkskammertag e. V.: „Die Teilqualifizierung ist ein weiteres Instrument zur Entwicklung von Fachkräften für das Handwerk in der Zukunft. Ich begrüße, dass aktuell die Sozialpartner einvernehmlich in immer mehr Handwerksberufen TQ-Berufssets entwickeln.“

Hartmut Krabs-Höhler, Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen: „In Nordrhein-Westfalen haben rund 15 Prozent

der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten keinen Berufsabschluss, bei arbeitslosen Menschen sind es mehr als 60 Prozent. Durch fehlende oder nicht anerkannte Berufsabschlüsse geflüchteter Menschen steigt die Zahl der formal Geringqualifizierten weiter an. Die abschlussbezogene Teilqualifizierung ist daher nicht nur ein Instrument gegen den Fachkräftemangel, sondern kann insbesondere auch dazu beitragen, faire Teilhabechancen zu ermöglichen und Menschen aus prekären Arbeitsverhältnissen zu holen. Sie ist ein gutes arbeitsmarktpolitisches Instrument, Menschen neue Perspektiven zu eröffnen und ihnen zu helfen, aus der Armutsfalle auszubrechen. Die Freie Wohlfahrtspflege begrüßt das gemeinsame Strategiepapier und appelliert, auf gute regionale Kooperationen wie das Kölner Bildungsmodell zu setzen, das seit zehn Jahren gemeinsam mit Trägern, Unternehmen, Kammern, Agentur und Jobcenter Menschen erfolgreich qualifiziert.“

Mehr Informationen gibt es beim Weiterbildungsportal NRW unter [www.weiterbildung.nrw.de](http://www.weiterbildung.nrw.de)

### **Hintergrund**

Im Rahmen der Fachkräfteoffensive NRW (FKO) arbeiten die Ressorts der Landesregierung gemeinsamen mit der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit, Sozialpartnern, Verbänden, Kammern, Unternehmen sowie Hochschulen zusammen, um Lösungsansätze gegen den Fachkräftemangel zu entwickeln und umzusetzen. Die Arbeitsmarktpartner in NRW fördern die Umsetzung von TQ durch Information, Beratung, Finanzierung und Begleitung, um TQ in NRW zu stärken und mehr Menschen zu einem Berufsabschluss zu verhelfen. In Nordrhein-Westfalen wurden im Rahmen der Teilqualifizierung seit 2020 rund 63.000 Menschen qualifiziert.

Mehr Infos zur Fachkräfteoffensive gibt es hier: <https://www.mags.nrw/fachkraefteoffensive-strategie>

## **Modellprojekt mit Sozialstiftung und AWO: Nordrhein-Westfalen testet erweiterten Einsatz profilrelevanter Fachkräfte in Kitas**

**Das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration teilt mit:**

Musiker, Handwerkerinnen oder Gärtner sollen künftig als profilrelevante Fachkräfte pädagogische Teams in Kindertagesstätten weiter verstärken – zunächst in einem auf drei Jahre angelegten Pilotprojekt. Die Landesregierung setzt damit eine weitere Maßnahme um, um für mehr Verlässlichkeit und Stabilität in der frühkindlichen Bildung zu sorgen. Mit dem Modellprojekt „ProKi – Profilrelevante Kräfte stärken Kitas“ wird erstmals gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO) erprobt, wie Fachkräfte mit besonderer beruflicher Qualifikation das pädagogische Team in Kindertageseinrichtungen auf Fachkraftstunden sinnvoll ergänzen können.

Bereits seit Ende 2024 dürfen sogenannte profilrelevante Kräfte – etwa Musikerinnen und Musiker, Handwerkerinnen und Handwerker oder Gärtnerinnen und Gärtner – in Kitas tätig werden, sofern sie das Profil der Einrichtung fachlich bereichern. Besonders in spezialisierten Einrichtungen, wie Sport- oder Musik-Kitas, können sie so zur frühkindlichen Bildung beitragen und das Stammpersonal entlasten.

Bislang war ihr Einsatz nur im Rahmen der sogenannten Ergänzungskraftstunden möglich. Dies soll sich nun ändern. In 48 am Modellprojekt „ProKi“ beteiligten Kitas der AWO wird jetzt der Einsatz je einer profilrelevanten Kraft auch auf Fachkraftstunden erprobt. Ziel ist es, sowohl den pädagogischen Nutzen, als auch die Faktoren für das Gelingen dieses multiprofessionellen Ansatzes zu ermitteln. Voraussetzung für den Einsatz: Ein Abschluss auf Niveau 6 des Deutschen Qualifikationsrahmens, zum Beispiel ein Meistertitel oder Bachelorabschluss, sowie eine 160-stündige pädagogische Qualifizierung gemäß Personalverordnung.

Eine Koordinierungsstelle der Arbeiterwohlfahrt steuert das Projekt, organisiert notwendiges Coaching und wird über die Entwicklung des Modellprojekts transparent berichten. Das Projekt wird zudem durch die Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen evaluiert. Koordination, Coaching und Evaluation werden vom Land mit insgesamt bis zu 200.000 Euro sowie von der Sozialstiftung Nordrhein-Westfalen mit insgesamt bis zu 700.000 Euro gefördert. Die Personalkosten der profilrelevanten Kräfte tragen die Träger im Rahmen der im Kinderbildungsgesetz festgelegten

Grundfinanzierung. Das Modellprojekt erstreckt sich über drei Jahre und endet im Oktober 2028.

Familienministerin Josefine Paul: „Ich freue mich sehr, dass sich Sozialstiftung und AWO für die pädagogische Weiterentwicklung des Kita-Systems mit diesem innovativen Ansatz einsetzen. Kitas sind ein Ort, an dem Kinder ihre Talente und Stärken entdecken und entfalten können sollen. Dazu kann ganz besonders der Perspektivwechsel beitragen, den die profilrelevanten Kräfte in die frühkindliche Bildung einbringen. Ich danke daher insbesondere den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an diesem Projekt, die damit Pionierarbeit leisten, und freue mich auf die ersten Resultate dieses innovativen Modells.“

Silke Arens, Vorständin des AWO Bezirksverbands Mittelrhein e.V.: „Mit ProKi will die AWO in Nordrhein-Westfalen neue Wege beschreiten. Sie will die Arbeit in den Kitas zukunftsfähiger aufstellen und die Fachkräfte entlasten: multiprofessionell, qualifiziert und nah an der Praxis. Die Teams in den Kitas sollen durch profilrelevante Kräfte gestärkt werden und Kindern neue Lernwelten eröffnen. Ein Beispiel aus der Praxis: Wenn ein Modedesigner mit Bachelorabschluss das pädagogische Team ergänzt, entstehen kreative Projekte, in denen Kinder Farben, Formen und Materialien spielerisch entdecken und gleichzeitig ihre Feinmotorik und Ausdrucksfähigkeit stärken. So wird Bildung konkret erlebbar und Fachkräfte gewinnen Zeit für andere pädagogische Schwerpunkte. Dabei freuen wir uns auf die Zusammenarbeit mit unseren Partnerinnen und Partnern, wie dem Institut für Forschung und Transfer in Kindheit und Familie (foki) der Katholischen Hochschule, das die Evaluation des Projektes durchführen wird.“

An einer Teilnahme interessierte Personen können sich direkt an die koordinierende Stelle der AWO wenden: [proki@awo-mittelrhein.de](mailto:proki@awo-mittelrhein.de).

## **Für mehr Schutz im Netz: Neue Plattform cybersicherheit.nrw startet**

**Minister Reul: Cybersicherheit ist kein Selbstläufer**

**Das Ministerium des Innern teilt mit:**

Nordrhein-Westfalen stärkt weiter die digitale Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Seit Montag, 3. November 2025 ist die überarbeitete Plattform cybersicherheit.nrw online. Dort finden nicht nur Privatpersonen, sondern auch Unternehmen, Schulen und Hochschulen alle wichtigen Informationen, um sich sicher und informiert im Netz zu bewegen. Die neue Website bietet alles, was man für den digitalen Alltag braucht: von praktischen Tipps und Tricks, wie man sich vor Cyberangriffen schützt, bis hin zu konkreter Notfallhilfe, wenn der Ernstfall eintritt. Auf der Plattform gibt es zudem künftig aktuelle Neuigkeiten, Hintergrundwissen und Hinweise auf Veranstaltungen, die zum Thema Cybersicherheit in Nordrhein-Westfalen stattfinden. Mit dieser zentralen Anlaufstelle sorgt Nordrhein-Westfalen dafür, dass sich jeder optimal auf die Herausforderungen der digitalen Welt vorbereiten kann.

Innenminister Herbert Reul: „Nordrhein-Westfalen hat sich zu einem führenden Cybersicherheitsstandort entwickelt. Unser Erfolg basiert auf der engen Zusammenarbeit von Behörden, Unternehmen, Wissenschaft und Forschung. Mit der landesweiten Koordinierungsstelle für Cybersicherheit haben wir eine zentrale Anlaufstelle geschaffen, die wichtige Informationen bündelt und praktische Lösungen aufzeigt. Diese Philosophie spiegelt sich auch im neuen Internetauftritt wider. Dabei kann jeder von uns selbst dafür sorgen, dass er sicher im Netz unterwegs ist. Cybersicherheit ist kein Selbstläufer.“

Mit dem modernisierten Portal setzt das Land ein klares Signal: Cybersicherheit geht uns alle an. Unterstützung und aktuelle Angebote sind jetzt nur einen Klick entfernt: [www.cybersicherheit.nrw](http://www.cybersicherheit.nrw).

## **Herausragendes Engagement im Tierschutz: Ministerin Gorißen und Landestierschutzbeauftragte von Dehn verleihen Tierschutzpreis Nordrhein-Westfalen 2025**

**Das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz teilt mit:**

Anerkennung für großen Einsatz im Tierschutz und mehr Sichtbarkeit für unermüdliches Engagement: Bereits zum fünften Mal wird herausragende Tierschutzarbeit vom Land Nordrhein-Westfalen gewürdigt. Am 3. November 2025 hat Ministerin Silke Gorißen gemeinsam mit der Landestierschutzbeauftragten, Dr. Gerlinde von Dehn, den Tierschutzpreis Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf verliehen. Insgesamt stellt

das Land jährlich 30.000 Euro an Preisgeldern bereit und ehrt damit unermüdliches Engagement im Tierschutz.

Ministerin Silke Gorißen: „Ob im Tierheim, im Verein oder als Tierschutzinitiative: In Nordrhein-Westfalen kümmern sich sehr viele Menschen mit viel Herzblut um das Wohl von Tieren, oftmals an 365 Tagen im Jahr. Ihr vielfältiger Einsatz ist beeindruckend. Es ist wichtig, dieses herausragende Engagement immer wieder zu würdigen und in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Deshalb freue ich mich besonders, den Tierschutzpreis des Landes an herausragende Menschen in Nordrhein-Westfalen zu vergeben. Tierschützerinnen und Tierschützer sind Vorbilder für unsere Gesellschaft. Ich wünsche mir, dass ihr vorbildliches Wirken noch mehr Menschen motiviert, sich für die gute Sache einzubringen.“

Die Tierschutzbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Gerlinde von Dehn: „Sich im Tierschutz zu engagieren, bedeutet Verantwortung zu übernehmen, Tierschutz ist eine Grundhaltung, die sich vor allem in unserem täglichen Handeln zeigt. Jeder Einsatz für ein Lebewesen ist ein Schritt hin zu einer mitfühlenderen und auch gerechteren Gesellschaft. Heute ehren wir Menschen, die mit Herz, Mut und Ausdauer gezeigt haben, dass sie diese Haltung leben und weitertragen. Ich freue mich sehr, dass wir in Nordrhein-Westfalen so viele engagierte Menschen haben, die sich teilweise schon jahrzehntelang für das Wohlergehen und den Schutz von Tieren einsetzen.“

### **Folgende Vereine und Personen wurden ausgezeichnet:**

**Anke und Thomas Voß** aus **Münster** wurden mit dem **ersten Platz** und **10.000 Euro** ausgezeichnet. Seit 2011 engagieren sie sich ehrenamtlich in der Wildtierhilfe und haben 2024 den Verein „Aktive Wildtierhilfe Münster e.V.“ gegründet, dessen Vorsitzende sie derzeit sind. In ihrer privaten Pflegestation versorgen Anke und Thomas Voß jährlich über 150 verletzte, geschwächte oder verwaiste Wildtiere wie Singvögel, Störche, Igel und Steinmarder. Neben der Pflege setzen sie sich auch öffentlich für bessere Bedingungen in Auffangstationen ein und organisieren Fortbildungen für Pflegestellen. Anke Voß berät regelmäßig Finderinnen und Finder und ist eine feste Größe in der münsterländischen Wildtierhilfe – allein 2025 erhielt sie über 500 Anrufe zu gefundenen Wildtieren.

Den **zweiten Platz** und **8.000 Euro** erhielt **Christa Becker** aus **Bochum**. Sie widmet sich seit rund 50 Jahren dem Tierschutz und betreibt seit fast 40 Jahren eine Mauer-



seglerpflegestation, die jährlich zahlreiche Vögel aus ganz Nordrhein-Westfalen aufnimmt. Oft ist sie zwölf Stunden am Tag damit beschäftigt. Christa Becker arbeitet eng mit der Mauerseglerklinik Frankfurt und Behörden sowie NGOs zusammen. Kindern und Jugendlichen ermöglicht sie, die Pflege „ihres Seglers“ mitzuerleben und daraus Schulprojekte zu entwickeln. Während der Herbstmonate unterstützt Christa Becker „Pro Igel e.V.“ und engagiert sich für Aufklärung und Tier- sowie Artenschutz. Zudem hält sie Vorträge, schreibt aktuell ein Kinderbuch und setzt sich für vogelfreundliche Bauweisen ein.

**Platz drei** und jeweils **6.000 Euro** gingen an zwei Bewerber, die bei der Punktevergabe der Jury gleichauf waren: Dirk Sindhu mit der **Bergischen Greifvogelhilfe** in **Rösrath** (Rheinisch-Bergischer Kreis) und der **Eselpark Zons e. V.** in **Dormagen** (Rhein-Kreis Neuss).

Seit fast 30 Jahren widmet sich Dirk Sindhu der Pflege von Greifvögeln und Eulen. Die Bergische Greifvogelhilfe entstand 2010 und ist heute bundesweit anerkannt. 2024 wurden über 500 Tiere versorgt, mit einer Wiederauswilderungsquote von über 70 Prozent. Die Bergische Greifvogelhilfe bietet Fortbildungen und Beratung für Behörden und Stationen an, betreut Biologie-Studierende als Praktikanten und erweitert die Anlage stetig. Auch kleinere Vogelarten finden inzwischen in Außenstellen Hilfe. Das Engagement von Dirk Sindhu verbindet Fachkompetenz, Ausbildung und enormen Einsatz für den Schutz heimischer Vogelarten.

Darinka und Peter Norff gründeten 2006 den **Eselpark Zons e.V.**, um in Not geratenen Eseln und anderen Tieren wie Ponys, Ziegen und Schweinen ein artgerechtes Zuhause zu bieten. Der Verein finanziert sich durch Spenden und Patenschaften und hat bereits über 250 Esel gerettet. Neben der Tierpflege liegt der Fokus auf Begegnungen zwischen Menschen und Tier durch Eselwanderungen, Schulprojekte und Besuche in Seniorenheimen. Das Gelände fördert bewusst Biodiversität und bietet Lebensraum für Wildtiere. Für dieses Engagement erhielt der Verein die Auszeichnung „UN-Dekade Biologische Vielfalt“ und den Landesverdienstorden Nordrhein-Westfalen. Weitere inklusive Projekte sind geplant.

### **Hintergrund Tierschutzpreis Nordrhein-Westfalen**

Der Tierschutzpreis des Landes Nordrhein-Westfalen wird 2025 zum fünften Mal verliehen. Um den Tierschutzpreis konnten sich Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Vereine, Betriebe sowie sonstige Einrichtungen und Organisationen aus Nordrhein-Westfalen bewerben. Ausgezeichnet werden kann zum Beispiel ein herausragender Einsatz für den Tierschutz, die Betreuung herrenloser Tiere oder auch praktische

Hilfe für in Not geratene Tiere. Darüber hinaus können auch Personen für den Landestierschutzpreis ins Rennen gehen, die sich durch landwirtschaftliches Engagement im Tierschutz auszeichnen oder in der Entwicklung und Anwendung von Alternativmethoden zu Tierversuchen tätig sind. Eine unabhängige Jury entscheidet über die Bewertung der Bewerbungen. Die Jury besteht unter anderem aus Mitgliedern des Landestierschutzbeirates Nordrhein-Westfalen und der Tierschutzbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen.

Bei inhaltlichen Fragen zum Tierschutzpreis wenden Sie sich gerne an: Melina Brauers, Tel: 0211-3843-1051 oder [TierSchB@mlv.nrw.de](mailto:TierSchB@mlv.nrw.de)

## **Landesregierung bringt Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg**

**Das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration teilt mit:**

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen setzt ein klares Zeichen für mehr Chancengleichheit und Gleichbehandlung: Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) sollen künftig der Schutz vor Diskriminierung im öffentlichen Bereich deutlich gestärkt und eine Kultur der Wertschätzung gefördert werden. Die Landesregierung hat nun den Gesetzentwurf vorgelegt und wird ihn mit den Verbänden beraten. Nordrhein-Westfalen ist das erste Flächenland Deutschlands, das ein solches Gesetz einführt. Bisher existiert ein Landesantidiskriminierungsgesetz nur im Stadtstaat Berlin.

Ziel des Gesetzes ist es, einen klaren und wirksamen Rechtsrahmen zu schaffen, damit Diskriminierung durch staatliche Stellen vermieden wird. Das kann dazu beitragen, das gesellschaftliche Zusammenleben und die demokratische Kultur zu fördern. Das LADG normiert ein Diskriminierungsverbot etwa aufgrund von antisemitischen oder rassistischen Zuschreibungen, Nationalität, Herkunft, Religion, Geschlecht, Sexualität oder Alter. Es knüpft an eine Verletzung Rechtsfolgen, wie etwa Schadensersatz. Auch aus europäischen Richtlinien lässt sich erkennen, dass der Bereich des behördlichen Handelns dem Diskriminierungsschutz zu unterstellen ist.

Das LADG sieht vor, dass betroffene Personen künftig besser beraten und bei rechtlichen Schritten stärker unterstützt werden. Gleichzeitig sollen Beschäftigte des Landes mehr Klarheit und Orientierung für diskriminierungsfreies Verwaltungshandeln

erhalten. Damit leistet das Gesetz einen wichtigen Beitrag zu Fairness, Transparenz und Rechtssicherheit in der öffentlichen Verwaltung.

Josefine Paul, Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: „Jeder Mensch soll in Nordrhein-Westfalen sicher und frei von Diskriminierung leben können. Wir machen mit dem wichtigen Gesetzesprojekt einen weiteren Schritt gegen Diskriminierung und Ausgrenzung und nehmen damit eine Vorreiterrolle unter den Bundesländern ein. Wir wollen den Schutz jeder und jedes Einzelnen vor diskriminierendem behördlichem Handeln stärken und auch in den Behörden selbst sensibilisieren. Chancengerechtigkeit und Gleichbehandlung aller Menschen müssen selbstverständlich werden. Davon profitieren alle. Das erleichtert Teilhabe und Integration und fördert die gegenseitige Wertschätzung in unserer vielfältigen Gesellschaft. Wir sind ein Land der Vielfalt. Mit dem LADG stärken wir eine Kultur der Wertschätzung.“

Beispiele aus dem Alltag zeigen, wie wichtig ein rechtlicher Schutz ist: Wenn jemand bei Anträgen zu persönlichen Angelegenheiten bei Landesbehörden oder einer Bewerbung aufgrund persönlicher Merkmale benachteiligt wird, soll das LADG künftig wirksame Unterstützung bieten. Diskriminierung nimmt in Nordrhein-Westfalen und bundesweit zu. Das zeigen unter anderem die Ergebnisse des Jahresberichts der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW). Laut einer Befragung für den Demokratiebericht 2021 ist eine große Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen der Auffassung, dass noch mehr gegen Rassismus, Antisemitismus und Extremismus getan werden muss. Diskriminierungserfahrungen wirken sich nicht nur individuell belastend aus, sondern haben auch negative Folgen für das gesellschaftliche Zusammenleben und die demokratische Kultur. Mit dem LADG schließt Nordrhein-Westfalen bestehende rechtliche Lücken im Diskriminierungsschutz.

Der Gesetzentwurf geht nun in die Verbändeanhörung und soll im Anschluss beim Landtag eingebracht werden. Das LADG soll in der zweiten Jahreshälfte des kommenden Jahres in Kraft treten.